



ZVPÖ - ZEITUNG DES ZENTRALVERBANDES DER PENSIONISTINNEN UND PENSIONISTEN ÖSTERREICHS, gegr. 1924



Pensionsanpassung 2023:

Eine Mogelpackung

Delegierte des ZVPÖ Bundestages
in Graz mit Bürgermeisterin
Elke Kahr in der Mitte

Die von der Regierung genannten Zahlen über die Pensionsanpassung 2023 sind eine Mogelpackung. So das Resümee des Bundesobmanns des ZVPÖ, Mag. Michael Graber, in einer Stellungnahme zum Beschluss der Regierung über die Pensionsanpassung für 2023. Die pensionswirksame Erhöhung steigt für den Ausgleichszulagenrichtsatz von €1.030 auf €1.110, also um rund 8%, und liegt nach wie vor weit unter der Armutsschwelle. Der Rest auf die angekündigten 10,2 Prozent ist eine Einmalzahlung, die erst im März wirksam wird.

Auch die Ankündigung der Regierung, dass zwei Drittel der Pensionen um 8,2% erhöht werden, entspricht nicht den Tatsachen. Die pensionswirksame Erhöhung beträgt nur

5,8%, der Rest ist als Einmalzahlung nach einem komplizierten Schlüssel im März 2023 vorgesehen.

5,8 Prozent unakzeptabel

Die generelle Anpassung von 5,8% ist angesichts der anhaltend hohen Inflationsrate von über 10% unakzeptabel. Die Teuerung des von der Statistik Austria ausgewiesenen Wohneinkaufs beträgt 20 Prozent, die des täglichen Einkaufs 13 Prozent. Selbst wenn die Dynamik der Teuerung nachlassen sollte, was derzeit aber nicht absehbar ist, bleibt das Preisniveau hoch und die Pensionen niedrig. Es ist klar, dass die Kaufkraft der Pensionen im nächsten Jahr - wie auch heuer - drastisch zurückgehen wird.

In Richtung der PräsidentInnen des Seniorenrates, Kostelka und Korosec, die sich jetzt darüber beschweren, dass die Regierung ohne deren Beiziehung entschieden hat, meint Michael Graber, dass sie sich das auch selbst zuzuschreiben hätten. Wer sich auf Geheimverhandlungen mit der Regierung orientiert, darf sich nicht wundern, dass man, wenn es drauf ankommt, beiseitegeschoben wird. Den Schaden haben Millionen PensionistInnen. Auch die PensionistInnen sind mobilisierbar, wenn man sie ruft. Unter den 2,5 Millionen PensionistInnen gibt es sicher einige Zehntausende, die bereit sind, für ihre Rechte auf die Straße zu gehen und Druck auf die Regierung zu machen. ■

„Gesunde Rendite“

Unter diesem Titel erschien vor kurzem ein Artikel in einer bekannten österreichischen Wirtschaftszeitung. Gemeint sind „Gesundheitsaktien“. Diese schützen, so die Zeitung, die Aktiendepots bei Krisen aller Art. „Titel von US-Krankenversicherern, Pharmaunternehmen und Onlineapotheken bringen sogar jetzt solide Gewinne.“ Das Gesundheitswesen der USA ist weitgehend von einem Zusammenspiel von privaten Krankenversicherungen und ebensolchen Krankenhäusern geprägt.

Da versteht man, warum die sich gegen eine obligate öffentliche Krankenversicherung wehren. Sie profitieren auf Grund der Inflation von steigenden Prämien und den höheren Zinsen. Und da versteht man, warum auch in Österreich private Versicherungen immer stärker im Gesundheitswesen mitmischen wollen, was zum Teil ja schon der Fall ist und zur Mehrklassenmedizin geführt hat.

Vor wenigen Wochen gingen die Berichte über den Betreuungsskandal in einem privaten Pflegeheim in Österreich durch die Medien. Private Pflegeheime müssen Profit machen, denn die „Investoren“ wollen ja für ihre Investition Geld sehen. Wie kann der Profit gesteigert werden? Durch weniger Personal und daher geringere Betreuungsqualität. Auch findet man in diversen Immobilienanzeigen auch die Nachfrage nach „Pflegeimmobilien“. So entstehen riesige „Pflegekonzerne“, die die Mängel an öffentlichen Pflegeleistungen ausnutzen.

Das gesamte Gesundheits- und Pflegewesen gehört in öffentliche Hand und darf nicht als Kapitalanlagesphäre erhalten, denn zu den Kosten, die die Menschen dort zu zahlen haben, gehört auch der Profit. ■



Private Pensionsversicherungen im Minus

Die privaten Pensionskassen haben im dritten Quartal dieses Jahres gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres 9,3 Prozent an veranlagten Vermögen verloren.

Dies meldet der Fachverband der Pensions- und Vorsorgekassen. Dies betrifft auch die Betriebspensionen. Der Interessenverband der Pensionskassenberechtigten rechnet mit Pensionskürzungen aus der Betriebspension mit bis zu 15 Prozent.

Auch die Abfertigungskassen, die vor fast zwanzig Jahren anstatt der vorherigen Regelungen eingerichtet wurden – die Abfertigungen bis zu einem Jahresgehalt vorsahen –, sind vor Verlusten nicht gefeit. Zwar gilt eine Kapitalgarantie für die eingezahlten Beiträge, aber nicht für Verluste aus vorher lukrierten Gewinnen aus der Veranlagung. Die Höhe des ausgezahlten Betrages hängt daher vom Zeitpunkt der Auszahlung ab. Ein Beispiel zur Veranschaulichung: Eine Kollegin hatte am 31.12.2021 eine Anwartschaft von € 4.739 brutto und kommt jetzt mit der Pensionierung mit dem Stichtag 1.10.2022 nur mehr auf € 4.381 brutto.

Der ZVPÖ hat immer wieder vor privaten Pensionsversicherungen gewarnt. Die Prämien werden auf dem Kapitalmarkt angelegt und sind den Schwankungen – derzeit eben den Verlusten – der Wertpapiere an den

Börsen unterworfen. Nur wenige dieser Pensionskassen haben eine Mindestverzinsungsgarantie und auch diese kann Verluste nicht ausschließen.

Gegenüber der staatlichen Sozialversicherung sind private Verträge auch volkswirtschaftlich gesehen wesentlich teurer. Denn die Verwaltungskosten, in denen auch Prämien für die Vermittler und die Profite der Versicherungskonzerne stecken, sind ungleich höher, weshalb auch die Erträge gegenüber dem Umlagesystem der Sozialversicherung prinzipiell geringer sind.

Der Vorteil der Betriebspensionen, zu denen auch das Unternehmen dazuzahlt, könnte auch ohne Kapitalmarktveranlagung dadurch gewahrt werden, dass diese Mittel ins Sozialversicherungssystem eingezahlt werden, was ebenfalls zu höheren Pensionen führt.

Befremdlich ist, dass die Interessenvertreter der privaten Pensionsversicherungen jetzt nach dem Staat rufen. Gerade jetzt zeigt sich, dass das Umlagesystem der Sozialversicherung mit der staatlichen Ausfallhaftung das sicherere System ist. ■

Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr begrüßte Bundestag des ZVPÖ

Aktiv ins Alter – Pflege sichern!

Unter diesem Motto fand am 5. Oktober 2022 in Graz der Bundestag des ZVPÖ statt.

Gekommen waren an die 60 Delegierte aus allen Teilen Österreichs. Begrüßt wurde der Bundestag von der Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr, die in ihrer Rede ihrer Sorge um die Kriegsgefahr Ausdruck verlieh und auf die Bedeutung der österreichischen Neutralität hinwies. Mit dem Satz „Die Menschen in die Höhe heben, damit sie nicht klein gemacht werden“ beschrieb sie den Leitspruch der Grazer Gemeindepolitik.

Das Grazer Modell zur Pflege

Es folgte ein Referat von Robert Krotzer, Stadtrat für Gesundheit und Pflege, der die Arbeit seines Ressorts darstellte. Ein besonders bewährtes Modell ist die personell gut ausgestattete Grazer Pflegedrehscheibe, eine Anlaufstelle für die Bevölkerung alle Fragen der Pflege betreffend. Bei der mobilen Pflege übernimmt die Stadt Graz alle Pflegekosten, die die Ausgleichszulage von (momentan noch) € 977 übersteigen. Es geht dabei darum zu verhindern, dass Menschen aus Armutgründen in ein Pflegeheim müssen. Da sich dieses Modell sehr bewährt hat, wurde es in der gesamten Steiermark eingeführt – und wäre auch für die anderen Bundesländer

zur Nachahmung empfohlen. In Graz werden freie Plätze in Pflegeheimen registriert und auf einer Homepage veröffentlicht. Da auch in Graz ein Pflegekräftemangel herrscht – die Gründe dafür sind hinlänglich bekannt –, versucht die Stadt Abhilfe durch Übergangspflege und mobile Dienste zu schaffen.

Politischer Rückblick auf drei Jahre Arbeit des ZVPÖ

In seinem Bericht ging Bundesobmann Michael Graber kurz auf die pandemiebedingten Einschränkungen des Verbandslebens des ZVPÖ ein und umriss politische Leitlinien und Forderungen.

Zur Gesundheitspolitik: Das österreichische Gesundheitswesen hat sich als nicht pandemiefest erwiesen. Während Milliarden für die Bevorratung von Waffen und Soldaten ausgegeben werden, fehlt es an Bevorratung von Personal im Gesundheitswesen. Gefordert wird ein Pandemiefonds, der eine Reserveanlegung sicherstellt; ein Ausbildungsfonds für Pflegendes soll eingerichtet werden – so sei es nicht einzusehen, warum PolizeischülerInnen ihre Lebenshaltungskosten be-

zahlt bekämen, Auszubildende in der Pflege jedoch nicht. Weiters fordert der ZVPÖ die rasche Einrichtung von Primärversorgungszentren, um niedergelassene ÄrztInnen und Ambulanzen zu entlasten und die beschlossenen Community Nurses als Anlaufstelle für Beratungstätigkeit sollten ebenfalls rasch eingerichtet werden, es mangelt bei der Umsetzung dieses Vorhabens an der gebotenen Eile.

Pflegende Angehörige, zumeist Frauen, müssen entlastet werden, viele von ihnen geben ihre Berufstätigkeit auf oder arbeiten Teilzeit, wodurch sie selber Abschlüsse in der Pension zu gewärtigen haben; es muss ein verfassungsmäßig abgesichertes Recht auf Pflege geben, das der Staat zu gewährleisten hat; bei den 24-Stunden-Betreuer_innen ist nichts geschehen: da die Förderung von € 550/Monat bei Weitem nicht ausreichend ist, fordern wir zumindest eine Verdoppelung. Die Scheinselbstständigkeit muss durch eine reguläre Anstellung ersetzt werden, die eine Sozialversicherung beinhaltet.

Zur Teuerung: Verglichen mit dem Jahr 2021 liegt für 2022 eine Jahressteigerung von 10,5% vor. Der Verbrauch >>



Die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr begrüßte den Bundestag des ZVPÖ. An ihrer Seite Michael Graber und Lilian Stadler.



Die Steirische Obfrau Silvana Weidinger und Stadtrat Robert Krotzer: Grazer Pflegedrehscheibe, eine Anlaufstelle für die Bevölkerung.



**Ehrung der Kolleginnen Lilian Stadler
und Edith Dolezal
für ihre Verdienste im ZVPÖ**



**Kollegin Grammel (r), Kollege Höllisch (l)
und Bundessekretär Fuxbauer (mitte) berichten
über die zahlreichen Aktivitäten des Verbandes**

» cherpreisindex, der zur Errechnung der Lebenshaltungskosten herangezogen wird, ist für PensionistInnen nicht aussagekräftig: So liegt der Miniwarenkorb, der den Wocheneinkauf abbildet und Nahrungsmittel, einen Kaffeehausbesuch, das Abonnement einer Tageszeitung, einmal Tanken beinhaltet 20%, der Mikrowarenkorb, der den täglichen Einkauf abbildet, liegt bei 13%. Gewinner der Teuerung sind die Großkonzerne, die ihre Profite erhöhen können. Immobilienbesitzer etwa haben keine teuerungsbedingten Verluste, weil sie vertraglich abgesichert sind.

Da Mieten an die Teuerung gekoppelt sind, können sie automatisch erhöht werden. Ein weiterer Gewinner ist der Staat, da durch die Teuerung auch die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer steigen. Davon gibt er nur einen Teil an die Bevölkerung zurück. VerliererInnen sind alle, die sich ihr Einkommen erkämpfen müssen, die Lohnarbeitenden und PensionistInnen.

Zur Altersdiskriminierung: Sowohl Banken als auch Versicherungen diskriminieren ältere Menschen. Bei Banken werden bspw. die Überziehungsrahmen gestrichen oder keine Kredite mehr vergeben, Versicherungen verlangen höhere Prämien. Aufgrund der Digitalisierung sind viele ältere Menschen ausgegrenzt, da sie mit Einrichtungen und Behörden immer weniger persönlich kommunizieren können. Eine besondere Form der Altersdiskriminierung trifft Frauen, die den Großteil der AusgleichszulagenbezieherInnen ausmachen: Kindererziehungszeiten sind nicht ausreichend berücksichtigt, deshalb

und wegen des hohen Anteils an Teilzeitarbeit und den niedrigeren Löhnen liegen die Frauenpensionen 40% unter jenen von Männern. Das reine Versicherungsprinzip ist für ein durchschnittliches Frauenleben nicht geeignet.

Wie können die notwendigen Verbesserungen im Pensionssystem finanziert werden? Dazu schlägt der ZVPÖ die Einführung von Vermögenssteuern und die Neuberechnung der Dienstgeberabgaben auf Basis der Wertschöpfung und die Aufhebung der Höchstbeitragsgrundlage der Krankenversicherung vor.

Tätigkeitsbericht über die letzten drei Jahre

Im Bericht des Bundessekretärs des ZVPÖ, Herbert Fuxbauer, wurden die zahlreichen Aktivitäten des Verbandes dargestellt. 16.000 Ausgaben der Verbandszeitung „aktiv leben“ wurden jährlich in Umlauf gebracht, wobei sich zuletzt der Umfang von acht auf zwölf Seiten erhöht hat und das Layout verbessert wurde. Nach Corona gab es im letzten Jahr bundesweit 451 Beratungstermine, zahlreiche Veranstaltungen, Ausflüge der

Ortsgruppen und Mehrtagesreisen. Die **Homepage www.zvpoe.at** wird durch Hans Höllisch betreut und laufend aktualisiert, speziell auch die Termine und der Veranstaltungskalender. Seit 2016 wurden 377 Beiträge veröffentlicht. 2022 gab es bereits 194 Termineinträge. Außerdem sind wir in den sozialen Medien (Facebook und Instagram) vertreten.

Neuwahlen

Einstimmig wurde (laut Wahlvorschlag) der neue Bundesvorstand, der Bundesarbeitsausschuss, der Bundesobmann (Michael Graber), als Bundesobmann-StellvertreterInnen Silvana Weidinger und Hans Höllisch, der Bundessekretär (Herbert Fuxbauer) und unsere Bundeskassiererin (Uschi Tretenhahn) gewählt. Lilli Stadler, bisher stellvertretende Obfrau, schied aus dem Bundesvorstand aus und wechselte in die ebenfalls vom Bundestag gewählte Kontrolle. Beschlossen wurde ferner ein dem Bundestag vorliegender Leitantrag (siehe nebenstehenden Beitrag) und ein Brief an den Bundespräsidenten die österreichische Neutralität betreffend. ■

Vorankündigung ZVPÖ

Tagesfahrten und Mehrtagesreisen 2023

- 10. 5. Frühlingsfahrt
- im Zeitraum 16. – 23. 4. . . . 5 -Tagesbusfahrt Bayern
- im Zeitraum 17. – 23. 9. . . . 5 – Tagesbusfahrt Riesengebirge
- 2. – 3. 12. Adventfahrt

Die detaillierten Informationen und Preise sind in Kürze verfügbar und können auf Wunsch gerne zugeschickt werden. Kontakt bitte unter der Tel.Nr. 01/ 2146573 sowie unter zvpoe@aon.at.

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Aus dem Leitantrag des Bundesausschusses

Der ZVPÖ ist überparteilich aber nicht unpolitisch. Neben der Vertretung der sozialen Interessen der älteren Generationen ist der Verband seit seiner Gründung für Frieden und Solidarität auch in den internationalen Beziehungen eingetreten. Soziale Sicherheit und sozialer Fortschritt im allgemeinen und für die älteren Generationen im besonderen erfordert Frieden.

In unserem Verband gibt es noch KollegInnen, die sich an die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs erinnern. Sie, aber auch alle anderen, sind deshalb zutiefst besorgt über die internationale Entwicklung, in der der Krieg wieder als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln betrieben wird. Die Kriege in Nahost, in Afghanistan und jüngst in und gegen die Ukraine haben ein Klima geschaffen, in der Aufrüstung statt Abrüstung, Konfrontation statt Zusammenarbeit, Kriegspropaganda statt Völkerverständigung dominieren und Wirtschaftskriege auf Kosten der Menschen angezettelt werden. Jeder Krieg untergräbt demokratische Rechte und stärkt autoritäre Tendenzen.

Rüstungsbudgets auf Kosten der Pflege

Der ZVPÖ kritisiert die von der Regierung beabsichtigte Erhöhung des Rüstungsbudgets. Jede Milliarde, die dafür aufgewendet wird, fehlt im Gesundheitssystem, in der Pflege, für

die Sicherung der Pensionen und für Bildung. Mehr Waffen und Soldaten führen nicht zu mehr Frieden. Im Gegenteil, sie erhöhen das Risiko bewaffneter Auseinandersetzungen und Kriege. Sie verstärken die barbarische Kriegslogik „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Sie entziehen der Volkswirtschaft riesige Mittel, die statt produktiv eingesetzt nur die Profite der Rüstungskonzerne vervielfachen und entziehen dadurch Mittel die die Bewältigung der Klimakrise erfordern.

Der ZVPÖ wendet sich gegen alle Versuche die österreichische Neutralität noch weiter auszuhöhlen oder gar zugunsten eines Militärpaktes aufzugeben. Wir wollen nicht, dass unsere Kinder und Enkel an Kriegen, weder in Europa noch anderswo, teilnehmen müssen. Der wichtigste Beitrag Österreichs zur Erhaltung des Friedens und für die Lösung internationaler Konflikte ist eine aktive Neutralitätspolitik, die wir von der Regierung einfordern. Wir sind solidarisch mit allen zivilen Opfern von Krieg und Vertreibung.

Frauenarmut im Alter bekämpfen

Alljährlich wird analog zum Equal Pay Day der Equal Pension Day begangen, jener Tag im Jahr, an dem Männer bereits so viel Pension erhalten haben, wie Frauen erst bis Jahresende erhalten haben werden. Frauenpensionen in Österreich sind derzeit im Durchschnitt um 41,6% geringer als jene von

Männern. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass Frauen pro Monat um 851 Euro weniger Pension erhalten als Männer. Wenn die Bekämpfung der Altersarmut von Frauen im Tempo der letzten Jahre weitergeht, wird es noch mehr als 100 Jahre dauern, bis annähernd Geschlechtergerechtigkeit hergestellt ist.

Frauenpensionen um 41 Prozent geringer als die der Männer

Den niedrigen Frauenpensionen im Alter geht eine geschlechterspezifische Arbeitsbiografie voraus: Durch die mangelnde Aufteilung der unbezahlten Arbeit ist Teilzeitbeschäftigung mittlerweile fast zur Norm unter Müttern geworden. Das österreichische Sozialversicherungssystem – ausgerichtet auf vollzeiterwerbstätige Männer ohne Lücken in der Erwerbsbiographie – „bestraft“ jede Abweichung von dieser Norm. Frauen haben im Durchschnitt 10 Beitragsjahre weniger als Männer, größtenteils verursacht durch betreuungsbedingte Erwerbsunterbrechungen. Dazu kommt noch die Lohnschiere, die dafür sorgt, dass Frauen immer noch um 18,3 Prozent weniger verdienen wie ihre – gleich qualifizierten – männlichen Kollegen. Dazu kommt, dass typische „Frauenjobs“ – während der Pandemie gern systemerhaltend genannt – schlecht bezahlt sind.

Die Ausgleichszulage ist weiterhin unter der Armutsgrenze. ■



ZVPÖ empfiehlt:

JURA SOYFER zum 110. Geburtstag

Zwei Abende im WERKL im Goethehof, 22., Schüttaustraße 1
8. und 9. Dez. 2022, 19 Uhr

Jura Soyfer, geboren am 8. Dezember 1912, schuf bis zu seinem Tod im KZ Buchenwald im Jänner 1939 unter schwierigsten Bedingungen ein unglaublich starkes Werk – satirische Lyrik, Erzählungen, Theaterstücke sowie das Romanfragment ‚So starb eine Partei‘. Die Mitwirkenden – Vera Albert, Klaus Bergmeier, Rudi Burda, Susita Fink, Reinhardt Honold, Ottwald John, Peter Kaizar, Maren Rahman und Angelika Sacher – präsentieren an zwei Abenden Ausschnitte aus Soyfers Schaffen: Lieder, Gedichte, Szenen, Prosatexte.

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

Bitte beachten: Die **aktuellen COVID-Regeln** sind bei allen Veranstaltungen, Treffen und Wanderungen unbedingt zu berücksichtigen!

Wien

Sprechstunden in Wiener

Bezirksgruppen:

Beratungszentrum 2 & 22: Goethehof, 22. Bez., Schüttaustraße 1, jeden 2. Donnerstag im Monat von 14 bis 16 Uhr.

Leopoldstadt: Praterstraße 54, 1. Stock, Mittwoch und Donnerstag von 10 bis 13 Uhr, Klubnachmittag jeden ersten Montag im Monat von 14 bis 18 Uhr.

Landstraße: Baumgasse 29 – 31, jeden 1. Montag im Monat von 14 bis 15 Uhr.

Margareten: Reinprechtsdorferstraße 6, jeden 1. Montag des Monats von 17-19 Uhr. Voranmeldung erbeten unter 0676 7509571.

Favoriten: Pernersdorferhof, Troststraße 68-70 (Eingang um die Ecke Herzgasse 90). Sprechstage jeden 2. Dienstag im Monat von 17 – 18 Uhr.

Simmering: Hugogasse 8 (Tel.: 0650 7488540). Treffen finden jeweils jeden 2. Mittwoch des Monats ab 15.00 Uhr statt

Meidling: Cothmanstraße 11, jeden 2. Montag im Monat von 15 bis 17 Uhr.

Wien-West: Drechslergasse 42, 1140 Wien, jeden ersten Mittwoch im Monat von 14 bis 15 Uhr. Tel: 0676 6969003

Donaustadt: Wurmbrandgasse 17, jeden ersten Dienstag im Monat von 14 bis 15 Uhr.

Liesing-Atzgersdorf: Terramaregasse 17/15/R1 (Club 23), jeden Dienstag ab 15 Uhr.

Wiener Donnerstagwanderungen:

24.11.22

Wasserleitungsweg Mödling ★★

Treffpunkt Bahnhof Meidling/
09.50 Uhr

Weitere Termine sind der
1.12., 12.1. und der 26.1.

★ leicht ★★ mittelschwer

★★★ schwer

Bei Regen keine Wanderung!
Änderung der Wanderrouten
vorbehalten!

**Die Teilnahme erfolgt auf eigene
Gefahr.**

Jahresabschlusstreffen und Weihnachtsfeiern

Leopoldstadt: 05.12./ 14.00 Uhr
Praterstraße 54

Wandergruppe: 09.12./ 14.00 Uhr
nähere Details auf unserer homepage

Meidling: 12.12./17.00 Uhr

Liesing: 13.12./ ab 16.00 Uhr Club 23

Floridsdorf/ Donaustadt: 15.12./
Tagesfahrt

Steiermark

Sprechstage:

Kapfenberg: Sprechstage und
Zusammenkünfte jeden ersten
Donnerstag im Monat ab 14 Uhr im
„Franz Bair-Heim“, Feldgasse 8.

St. Peter-Freienstein: die Info-
Stammtische finden jeweils am
Dienstag ab 14 Uhr im Freiensteinerhof
statt.

Leoben: Die Sprechstunden finden
jeweils am Mittwoch ab 14.00 Uhr im
„Gasthaus Hallodri“ in Donawitz statt.

Graz: Sprechstage Montag bis
Donnerstag 10 bis 12 Uhr. Um
Voranmeldung wird gebeten. Jeden
Donnerstag ab 13 Uhr Zusammenkunft
im Karl-Drews-Klub hinter dem
Volkshaus.

Eisenerz: Sprechstage jeden Montag von
09.00 – 12.00 Uhr in 8790 Eisenerz,
Freiheitsplatz 1

Voitsberg: Sprechstage finden
jeden ersten Montag im Monat
im Bezirksheim, 8570 Voitsberg,
Hötzendorf Straße 29, statt.

Weihnachtsfeiern 2022:

Graz: 15.12./ 14.00 Uhr Bildungsverein
Kapfenberg: 08.12./ 12.00 Uhr KPÖ-
Heim Feldgasse 8

Leoben-St. Peter Freienstein:
13.12./ 15.00 Uhr Freiensteinerhof

Niederösterreich

Sprechstage:

Brunn/Geb.: Jeden ersten Donnerstag
im Monat ab 15.30 Uhr beim Heurigen
Hössl, 2345 Bunn/ Gebirge, Wiener
Straße 25.

Wr. Neustadt: 2700 Wr. Neustadt,
Kollonitschgasse 12.,
nächste Termine: 25.11. und 27.01. ab
10.00 Uhr



Die Brunner Nikolofeier findet
in der gemütlichen Hössl-Stuben statt

Krems: Beratung und Auskünfte in
Pensions- und Sozialfragen unter der
Tel. Nr. 01/ 2146573

St. Pölten: Beratungen und Auskünfte
des ZVPÖ jeweils am letzten
Donnerstag im Monat von 16 bis
17.30 Uhr, Andreas Hoferstraße 4,
1. Stock (Eingang hofseitig). Bitte
Voranmeldung unter 0676/6969 005

Traisen: Auskünfte unter
0676/6969 005

Nikolofeier 2022:

Brunn: 01.12./ ab 15.00 Uhr
Heuriger & Pension Hössl
Wienerstraße 25
2345 Brunn am Gebirge

Oberösterreich

Sprechstage:

Linz Voest-Kleinmünchen: Linz, Me-
licherstr. 8: Sprechtag jeden ersten
Montag 9 bis 12 Uhr 0732/65 21 56.
Zu unseren monatlichen Versamm-
lungen treffen wir uns jeden ersten
Mittwoch im Monat im Gasthaus
Seimayr, Steinackerweg 8, ab 14 Uhr.

Wels: Informationen und
Kontaktadresse: Agnes Mikesch,
4600 Wels, Heimstättenring 39, Tel.
0650/4110967.

Weihnachtsfeier 2022:

Linz: 07.12./ ab 13.00 Uhr Gasthaus
Seimayr

Tirol

Sprechstage:

Unsere Sprechstage finden jeweils am
1. Donnerstag im Monat um 15.00 Uhr
im Restaurant Urfam, 6020 Innsbruck,
Gumpstraße 41, statt.

Weihnachtsfeier 2022:

Innsbruck: 15.12./ 15.00 Uhr
Restaurant Urfam

Salzburg

Sprechtage:

Für Informationen und Fragen stehen nachfolgende Telefonnummer und E-Mail-Adresse zur Verfügung:
ZVPÖ Bundesleitung,
Tel.: 01/214 65 73 oder
E-Mail: zvpoe@aon.at

Kärnten

Sprechtage:

Villach: Sprechtage jeden letzten Donnerstag im Monat ab 14.30 Uhr im Seniorenclub Arbeiterheim, Ludwig-Walter-Straße 29. Voranmeldungen bitte unter Telefon 0699/10073931 oder e-mail: office.kr@zvpoe.at
Klagenfurt: Sprechtage finden jeden Dienstag von 12.00 – 14.00 Uhr im Volxhaus, 9020 Klagenfurt, Südbahngürtel 24 statt. Voranmeldungen bitte unter Tel. Nr: 0664/3275763 oder E-Mail: office.kr@zvpoe.at

Weihnachtsfeier 2022:

Villach: 01.12./ ab 14.30 Uhr Arbeiterheim Villach gemütliches Zusammensein mit kleinem Rahmenprogramm, für Speis und Trank ist gesorgt

Burgenland

Sprechtage:

Eisenstadt: Sozialberatung und Beratung in Pensionsangelegenheiten. Vertraulich und kostenlos. Ab sofort jeden ersten Dienstag im Monat von 14 bis 16 Uhr, 7000 Eisenstadt, Hauptstraße 26/1.Stock. Telefonische Voranmeldung unter 0660-7689334 unbedingt erbeten.

Vorarlberg

Beratung:

Für Informationen und Fragen stehen nachfolgende Telefonnummer und E-Mail-Adresse zur Verfügung:
ZVPÖ Bundesleitung,
Tel.: 01/214 65 73 oder
E-Mail: zvpoe@aon.at

Mach mit beim ZVPÖ!

Unsere laufend aktuell gehaltene Terminrubrik „Mitmachen beim ZVPÖ“ auf unserer Homepage gibt einen Überblick über geplante Aktivitäten unseres Verbandes. Dort finden die BesucherInnen unserer Website auch aktuelle Angaben über die nächsten ZVPÖ-Aktivitäten.

Es besteht auch das Angebot unseren **kostenlosen Newsletter** zu bestellen.

ZVPÖ-Mitgliedsbeitrag macht sich bezahlt!

Der ZVPÖ wird trotz Teuerung den Mitgliedsbeitrag für 2023 NICHT erhöhen!

Letzte Erhöhung war vor 3 Jahren

Die letzte Beitragserhöhung von 18 auf 20 Euro jährlich war im Jahr 2019. Die vehementen Teuerungen bei Strom, Gas, Heizung, Treibstoffen und Lebensmitteln, haben viele Menschen in eine schwierige finanzielle Lage gebracht.

Bundessekretär Fuxbauer: „Im Vergleich zu anderen Seniorenvertretungen ist der ZVPÖ-Mitgliedsbeitrag der weitaus günstigste, denn beim ZVPÖ stehen dem Mitgliedsbeitrag, Leistungen in weit höherem Wert gegenüber. Beratungen, Informationen in digitalen Medien, die kostenlose Verbandszeitung sowie zahlreiche Reiseangebote und Freizeitangebote. Der Beitrag macht sich für unsere Mitglieder mehr als einmal bezahlt. Mit dem Verzicht auf eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge nehmen wir aber auch auf alle unsere Kolleginnen und Kollegen Rücksicht, die es finanziell nicht einfach haben.“

Steirisches Kollegentreffen

am 13.Okt. 2022 in der Harter Teichschenke

Motto: „Steirerblut ist kein Himbeersaft“

Es war ein wunderschönes Zusammentreffen unserer steirischen KollegInnen. Die Harter Teichschenke mit ihrer sehr guten Küche, aber auch das Wetter, das einen Spaziergang um den See ermöglichte, war perfekt. Nach der Begrüßung durch die stellver-

tretende Bundesobfrau und Landesobfrau Silvana Weidinger informierte Bundesobmann Michael Graber über die von der Regierung beschlossene Pensionsanpassung 2023, die er als Mogelpackung bezeichnete.



Gute Stimmung mit Landesobfrau Silvana Weidinger in der Harter Teichschenke.



Ansprache von Obmann Michael Graber

WIR GRATULIEREN

Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir infolge Platzmangels nicht alle Geburtstage veröffentlichen können. Wir gratulieren grundsätzlich vom 50. Geburtstag angefangen alle fünf Jahre, vom 80. Geburtstag aufwärts alljährlich, soweit diese Geburtstage von den Landesleitungen beziehungsweise den Ortsgruppen mitgeteilt werden. Ab sofort werden aus Datenschutzgründen Altersangaben nur mehr in Ausnahmefällen veröffentlicht!

Wien

- 2. Bezirk:** Percht Rosa Maria, Stuhl Hermine
3. Bezirk: Blumencron Jaqueline, Jericha Friederike, Leeb Walther
5. Bezirk: Kienast Ernst
6. Bezirk: Moser Dietmar
7. Bezirk: Maier Elisabeth, Maderbacher Ilse
10. Bezirk: Mannsbart Gerhard, Entner Hildegard, Petlicka Franz, Schwaiger Hermine, Winterleitner Felix
11. Bezirk: Synek Elfie, Kubek Rosa, Stumpf Rosa, Schmaus Judith, Stadler Lilian
12. Bezirk: Kainz Josef, Kobermaier Anton, Lendwich Johanna, Huemer Gerhard
13. Bezirk: Veits Herbert, Ulrich Hedwig
15. Bezirk: Galik Frieda, Kamesch Katharina
16. Bezirk: Neshiba Eva, Pollhammer Josef, Klappert Alfred,
19. Bezirk: Dolinsky Martha
20. Bezirk: Dvorak Helga, Magerling Kurt
21. Bezirk: Hartl Josef, Hartl Maria, Oberhofer Johanna, Schlegerer Christine, Skopal Barbara, Steiner Grete, Tabernik Ottokar
22. Bezirk: Fischer Ernst, Fischer Helene, Jäger Katharina, Hickl Adolf, Sohl Hilde, Delzo-Perez Anibal
23. Bezirk: Dietz Elfi, Madl Johann, Smetana Brigitte, Wurzinger Irmgard, Plhak Ernst

Niederösterreich

- Ebergassing:** Palecek Angela
Perchtoldsdorf: Beck Adelheid, Fischer Hermann
Brunn: Cserko Renate, Handschuh Renate, Hlavacek Jutta, Hofstätter Stefanie, Kolbinger Edith, Petschger Annemarie, Sostar Sonja, Starkl Erich, Wais Otto, Polak Johann
Lilienfeld: Brodhuber Elfriede
Ternitz: Müller Josef
Wiener Neustadt: Graner Günther, Hammer Friederike, Kalwach Theresia, Karner Theresia
Traisen: Schreckenfuchs Elisabeth
Strasshof: Beran Alexander



- Auersthal:** Stadlbacher Hugo
Krems: Schodeitz Michael
Furth: Schulz Leopoldine
Wiener Neudorf: Komarek Franz
Eggendorf: Wunderl Rudolf
Lichtenwörth: Weingärtner Eleonore
Tulbing: Zach Erika
Hollenburg: Frank Anna
Kaltenleutgeben: Hondl Dorli
Leopoldsdorf: Cekal Oldriska
Maria Enzersdorf: Hanl Erika
Mödling: Fassl Edeltraud
Baden: Kollos Heinrich

Steiermark

- Graz:** Knopp Hannelore, Leber Günter, Millner Günter, Missia Maria, Pateder Franz, Ploder Ernst, Radl Etta, Rieger Anne, Rutter Irene, Salzmann Hugo, Scherer Charlotte, Trummer Hannelore, Weidinger Erich, Zötsch Adelheid, Mellacher Maria, Kindermann Ludmilla
Kapfenberg: Deschnik Elsa, Köberl Johann, Nöst Gottfried, Posch Gerlinde
Leoben: Zellner Antonia, Puschnik Sigrid
Rosental: Macher Johann
Voitsberg: Krautgartner Helga, Rothenwender Ida
Bruck/ Mur: Kantner Helene

Vorarlberg

- Klaus:** Bleier Rudolf
Dornbirn: King Franziska
Bregenz: Leimbach Bernd
Mittelberg: Schuster Sieglinde
Hirschegg: Zanetti Manfred
Riezlern: Recep Valcin

Oberösterreich

- Voest-Linz Kleinmünchen:** Gruber Brigitte, Hann Monika, Klesadl Anneliese, Poscher Monika, Stieger Marianne

Kärnten

- Klagenfurt:** Czerny Maria, Granig Viktoria, Kussem Cäcilia, Senger Gertrude, Jackson Justine
Wölfnitz: Jessenitschnig Inge
Rain: Erlacher Sigberta
Friesach: Vorreiter Margarethe
St. Salvador: Volleritsch Thomas
St. Gertraud: Kuchar Josef
Villach: Andritsch Stefan, Emperger Helga, Tkalec Maria
St. Magdalen: Ortner Alois
Latschach: Feitl Karl
Fürnitz: Knafl Katharina, Nessmann Maria, Troger Ernst, Kanduth Elisabeth
Gödersdorf: Domiuschigg Max
Gumern: Kleinbichler Inge
Töplitsch: Hafner Ingrid
Ebenthal: Steingress Gerhard

Tirol

- Innsbruck:** Kaufmann Brunhilde

Wir trauern um unseren Wiener Kollegen

Filip Walter

Wir werden ihm ein treues **Andenken** bewahren und sprechen den Hinterbliebenen unser **aufrichtiges Beileid** aus.

Arbeitsbedingungen für Pflegende bedürfen dringend der Verbesserung

Unter tatkräftiger Unterstützung des ZVPÖ wurde seit 2021 ein neues Format zur Vermittlung gesundheitspolitischer Kernthemen erarbeitet. Die „Zukunftswerkstatt Gesundheitspolitik“ veranstaltete im September als Auftakt eine zweitägige Konferenz mit Blick auf die Arbeitswelt in der Pflege.

Am 23. und 24. September konnte Rudi Gabriel, gesundheitspolitischer Referent des ZVPÖ, nach einem Jahr Vorbereitung die „Fokuskonferenz – Pflege und Arbeitswelt“ im Seminarzentrum Markhof in Wien-Erdberg eröffnen. „Es ist dem Menschen nicht möglich, nicht zu handeln“ – in Anlehnung an Paul Watzlawick hielt er diesen zentralen Befund zur gegenwärtig verfahrenen Situation im Bereich der Pflege fest. Wichtig ist – so Gabriel –, zu verstehen, dass es das Nicht-Handeln in den Bereichen des Menschlichen nicht gibt. Das jahrzehntelange Verleugnen einer tiefen Systemanalyse aller Felder, auf denen Pflegende und zu Pflegenden „zurechtkommen“ müssen, hat sich zu einer ernstesten Krise ausgewachsen. Das Herumflicken der politisch Verantwortlichen der vergangenen 30 Jahre hat dazu geführt, dass die Betroffenen immer weniger zu ihrem Recht kommen.

Angehörige leisten Pflege im Wert von 3 Mrd. Euro!

Birgit Meinhard-Schiebel, Präsidentin der Interessengemeinschaft der pflegenden Angehörigen, weist unmissverständlich darauf hin, dass die von den pflegenden Angehörigen geleistete Arbeit sehr wohl finanziell bewertet werden kann und muss. Berechnungen ergeben den Gegenwert



OGF/Thomas Lehmann (CC BY-NC-SA 2.0)

von rund drei Milliarden Euro pro Jahr. Würde nur ein Bruchteil davon an die pflegenden Angehörigen zurückfließen, könnte die Situation dieser PflegearbeiterInnen schon ganz anders aussehen.

Anna Leder von der IG 24 unterstreicht auch die real-gesellschaftliche Wirklichkeit: Denn in erster Linie sorgen Angehörige und 24 h-BetreuerInnen für das Wohlergehen der Menschen, die zu Hause gepflegt werden. Die IG 24 fordert die Abschaffung der „Scheinselbstständigkeit“ unter den Zwängen der Vermittlungsagenturen. Die 24-Stunden-BetreuerInnen wollen mittelfristig – sozialrechtlich abgesichert – als Angestellte anerkannt werden. Die Angehörigen lehnen allerdings dezidiert ab, dass sie zusätzlich zur Sorgearbeit auch die volle Verantwortung als DienstgeberInnen aufgehalst bekommen sollen.

Die Ökonomin Brigitte Juraszovich von der republikeneigenen Gesundheit Österreich GmbH führt aus, dass 2020 in Österreich rund 44 Milliarden Euro öffentliche Gelder für Ge-

sundheit und Soziales ausgegeben wurden. Die Aufwendungen für die Pflege machen allerdings nur zwei bis drei Prozent des österreichischen Inlandsprodukts aus – ein relativ kleiner Anteil, der in den kommenden Jahren deutlich wachsen muss, wenn das derzeitige Pflege-Niveau gehalten werden soll.

Aufwendungen für Pflege machen nur zwei bis drei Prozent des Inlandsprodukts

Die prekären Arbeitsbedingungen führen – gerade seit der Covid-Epidemie – zu immer mehr AussteigerInnen aus der Pflege (Drop Outs). Über das Ausmaß der Berufsausstiege gibt es bislang indes keine belastbaren Zahlen. Was wir wissen: Allein die Alterspensionierungen der Beschäftigten in den nächsten Jahren ergeben einen Personalbedarf von rund 32.000 Personen. Dazu kommen durch den demografischen Wandel weitere 45.000 Beschäftigte, die künftig nötig sind.

» Seite 10

» von Seite 9

Das ist ein zusätzlicher Personalbedarf von knapp 80.000 Personen in den kommenden Jahren, um eine Versorgung auf dem Niveau von 2017 zu gewährleisten. Das heißt, dass sich jede/r Zehnte Geborene in Zukunft für einen Pflegeberuf entscheiden müsste – ein äußerst unrealistisches Szenario.

„Ich kann nicht so pflegen, wie ich gerne wollte“

Der Beitrag von Heidemarie Stafflinger von der Arbeiterkammer Oberösterreich knüpfte thematisch an die Zahlen-Werke an, die Jurazovich vorgestellt hatte. Wenn von prekären Arbeitsbedingungen in der Pflege geredet wird, dann spielt der Faktor Zeit die entscheidende Rolle. Konkret: Die Pflege ist in einzelne verrechenbare Handgriffe zerlegt worden, wobei diese in Minuten-Zeitblöcke und damit in Arbeitszeit aufgeteilt wurden. So stehen etwa bei der mobilen Pflege der Caritas für das An-, Auskleiden und Duschen einer betreuten Person genau 45 Minuten zur Verfügung. Menschlichkeit, Zuwendung und gute Gespräche werden bei der computergestützten Bewertung der Arbeit gar nicht bemessen. Diese unbezahlten Care-Leistungen sind in der „effizienzgesteigerten Pflege“ ein Neben-, für die PflegearbeiterInnen jedoch ein Hauptaspekt, wenn es um ihre Arbeitszufriedenheit geht.

Das Resultat: Sie arbeiten am Limit. Daher kann sich nur ein Viertel der Beschäftigten vorstellen, den Beruf bis zur Pensionierung auszuüben.

Das Geschäft mit Pflegeheimen

Pflege ist (auch) ein Geschäft. Die Soziologen Manfred Krenn und Leonard Plank haben sich in ihrem Vortrag mit den Shareholderinteressen in der Pflege beschäftigt.

Wieso fließt eigentlich so viel privates Kapital in einen – aus der Sicht von InvestorInnen – „schwierigen“ Sektor? Die Erklärung der Vortragenden: Es gibt in der Welt derzeit zu viel liquide Geldmittel zum profitablen Anlegen. Zusätzlich lassen sich durch den geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in der Pflege auch kurzfristig gute Geschäfte realisieren. Denn: Statt zu protestieren, pflegen die Beschäftigten lieber bis zum eigenen Burn-out.



Die „Zukunftswerkstatt Gesundheitspolitik“

Wie lassen sich mit der Pflege satte Gewinne machen? Die Hauptthese der Vortragenden: Durch die Aufteilung der Care-Unternehmen in Betreiber- und Immobiliengesellschaften kann der Konzern verdeckte Gewinne schreiben, etwa durch überhöhte Mieten, die die Immobiliengesellschaft dem Pflegeheimbetreiber in Rechnung stellt. So können sich insgesamt feine Renditen ergeben. Hohe Management-Gehälter und überbeuerte Kredite, die im Firmennetzwerk vergeben und sehr versteckt verbucht werden können, sind zusätzliche Gewinnanreize.

Wie der jüngste Pflegeheimskandal in Salzburg zeigt, ist staatliche Regulierung und Kontrolle für die Pflegeheimbranche wesentlich. Auch, damit sich die Berichte der Volksanwaltschaft als Ergebnis österreichweit angekündigter Kontrollen nicht mehr wie Szenen aus Horrormen lesen.

Care-Grundversorgung und Care-Mindestlohn – die Lösung?

Im Rahmen von Workshops am 2. Tagungstag wurden die Themen vertieft. Betriebsrat Hannes Wölflinger informiert über internationale Arbeitskämpfe in der Pflege und die Bestrebungen der organisierten GesundheitsarbeiterInnen in Österreich.

Die Co-Organisatorin der Fokuskonferenz, Manuela Juric, betont in ihrem Workshop, dass die Pflege überwiegend weiblich und migrantisch geprägt ist, was bei allen emanzipatorischen politischen Strategien mitbedacht werden muss.

Zusätzlich stellen Heidi Ambrosch und Elisabeth Klatzer vom Bündnis *Mehr für Care!* ihre Perspektiven und Anliegen zur Diskussion. Anstatt der

entwürdigenden Klassifizierung nach Pflegegeldstufen schlägt das Bündnis eine Care-Grundversorgung für jede/n vor. Für die Arbeitenden fordern sie einen Care-Mindestlohn von € 2.000 netto für 30 Stunden Arbeit pro Woche plus einer Entlohnung der Ausbildung von € 1.800 bis zu € 2.400 – wie diese bei der Ausbildung der PolizeischülerInnen bereits üblich ist.

Vorschläge des ZVPÖ

Tatsächlich sind alle bisherigen Reformversuche seit der Einführung des Pflegegeldes 1993 – also vor 30 Jahren – an der Finanzierung gescheitert. Die Neuaufstellung des notwendigen Reformprozesses verlangt aus unserer Sicht, dass folgende Hausaufgaben von der Politik erledigt werden:

- Absicherung der Zugangsgerechtigkeit zu Vorsorge- und Versorgungsleistungen (**Recht auf Pflege**)
- Rechtssichere Einbindung der ArbeitnehmervertreterInnen in die Bundeszielsteuerungskommission (**GesundheitsarbeiterIn als GesundheitspartnerIn**)
- Bedarfserhebung, die umfassend demographisch und finanziell in die Zukunft plant
- Bundesweite Vereinheitlichung der Betreuungsschlüssel in sämtlichen Versorgungsbereichen
- Harmonisierung der Ausbildungsinfrastruktur (**Ausbildung als Ziel ins Pflegefondsgesetz**)
- Öffentliche Finanzierung an das Ende des Reformprozesses stellen.

Personalengpässe in Wiener Spitälern

In den letzten Wochen machten mehrere Beiträge in Tageszeitungen auf das Problem des Personalmangels speziell in Wiener Krankenhäusern aufmerksam, der zum Teil Corona-bedingt ist, aber eben nicht nur.

Einzelne Abteilungen der Wiener Spitäler sind an die Öffentlichkeit gegangen und haben mit „Gefährdungsanzeigen“ auf die unzumutbaren Zustände hingewiesen, d.h., mit einer Meldung, dass die Versorgung der PatientInnen nicht mehr ordnungsgemäß gewährleistet werden kann.

Die Verantwortlichen beschwichtigen und meinen, dass in anderen Wiener Spitalern die notwendige Behandlungskapazität sichergestellt wäre, sollte mal ein Spital vorübergehend die Betten auf einer Station sperren müssen, weil das Personal fehlt.



Die Fachkräfte fehlen um eine ordnungsgemäße PatientInnenbetreuung zu gewährleisten

Beispielsweise herrschen gravierende Personalengpässe in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Klinik Hietzing, in der Abteilung für Urologie des AKH und der Klinik Favoriten, in der Geburten- und Kinderabteilung, der Unfallchirurgie und der zentralen Notaufnahme der Klinik Floridsdorf und in der Unfallchirurgie der Kli-

Wien: 203 Arztstellen unbesetzt

Nicht gerade beruhigend sind auch die Zahlen, die der WiGeV (Wiener Gesundheitsverbund) meldet, nämlich, dass in Wien aktuell 203 Arztstellen unbesetzt sind und dass beim Pflegepersonal 893 MitarbeiterInnen

fehlen. Bis 2030 wird sich die Situation noch verschärfen, da bis dahin rund ein Viertel des Wiener Gesundheitspersonals in Pension gehen wird und man mit der Ausbildung des Nachwuchses nicht schnell genug nachkommt. Was es bräuchte, um die in Ausbildung befindlichen ÄrztInnen und PflegerInnen zu halten, wären vor allem attraktivere Gehälter und ein flexibleres Dienstrecht, so der Vizepräsident der Ärztekammer Wien, Stefan Ferenci.

Menschen in den Fokus

Das Problem ist möglicherweise ein noch tieferliegendes. Zu lange scheint man in der Gesundheitspolitik auf die Anschaffung von teuren Gerätschaften und den vorrangigen Einsatz von Pharmazeutika fokussiert und dabei den Faktor „Mensch“ außer Acht gelassen zu haben, der aber gerade in der Betreuung Kranker und Pflegebedürftiger eine große Rolle spielt.

Aufklärung über gesundheitliche Probleme und Alternativen zur angebotenen Behandlung bleibt dabei ebenso auf der Strecke wie Information zu den (Langzeit-)Wirkungen der eingesetzten Therapie. Abgesehen davon, dass der Krankheitszustand einer ist, in dem PatientInnen Zuwendung brauchen, die ihnen im herrschenden klinischen Zeit- und Ablaufregime oftmals nicht zuteil wird; und dass Gesundheitspersonal ausreichend Regenerations- und Erholzeiten braucht, um nicht selber krank zu werden. Denn tagein, tagaus nur die Bedürfnisse anderer zu bedenken, birgt die Gefahr, zu wenig auf die eigenen achten zu können. Das verschärft sich dann noch, wenn sich der Versorgungsmodus zu Hause nahtlos fortsetzt.

Übrigens: Der Personalmangel im Gesundheitswesen betrifft nicht nur Wien, sondern ist auch in anderen Bundesländern festzustellen. ■

Besuchen Sie unsere Website. Aktuelle Themen und Termine gibt's unter


www.zvpoe.at



Aktiv leben – Mach mit im ZVPÖ!

ICH WILL ...

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

-  die Zeitung des ZVPÖ „Aktiv LEBEN“ (erscheint 4x jährlich) regelmäßig und gratis, mit der Post (bis auf Widerruf) zugeschickt bekommen.
- in den Verteiler des ZVPÖ-Newsletters aufgenommen werden.
- Mitglied des ZVPÖ werden (Mitgliedsbeitrag Euro 20,-/Jahr).

Name:

Adresse:

Telefon:

E-Mail:

Bitte Ihre Wünsche folgendermaßen bekannt geben:

Per Post: ZVPÖ, Praterstraße 54/8A, 1020 Wien

Per Telefon: (01) 214 65 14 (Di, Mi, Do vormittags)

Per E-Mail: zvpoe@aon.at

Hinweis bzgl. Datenschutz:

Die Verarbeitung personenbezogener Daten wird vom ZVPÖ ausschließlich für die Zwecke erhoben und verarbeitet, die vor der Erhebung der Daten festgelegt wurden. Die Verarbeitung aller personenbezogenen Daten erfolgt unter strikter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Personenbezogene Daten werden vom ZVPÖ weder veröffentlicht noch unberechtigt an Dritte weitergegeben.

Der **ZENTRALVERBAND DER PENSIONISTINNEN UND PENSIONISTEN ÖSTERREICHS – ZVPÖ** versteht sich als Interessensvertretung aller Seniorinnen und Senioren. Wir sind ein überparteilicher Verband und lassen uns ausschließlich von den Interessen der älteren Generation und von keiner Parteipolitik leiten.

Der Zentralverband der Pensionistinnen und Pensionisten Österreichs ist mit Expertenstatus beim Österreichischen Seniorenrat vertreten.

MITGLIED WERDEN IST NICHT SCHWER, ...

Wir nehmen kritisch zu allen Fragen Stellung, die die Interessen der älteren Generation berühren. Wir engagieren

uns für eine fortschrittliche Entwicklung in den gesetzlichen Bestimmungen der Sozialversicherung und gegen alle Versuche, die soziale Sicherheit in Österreich zu verschlechtern.

Neben unserer Beratungstätigkeit tragen unsere vielen Verbandsaktivitäten (Zusammentreffen, Veranstaltungen, Museums- und Ausstellungsbesuche, Wanderungen, Ausflüge und Reisen) zu einer aktiven, abwechslungsreichen und gemeinsamen Freizeitgestaltung bei.

Wir freuen uns über jede/n, die/der uns näher kennenlernen will! Eine Möglichkeit dazu bietet auch der obenstehende Abschnitt.

... HILFT UNS ABER SEHR!

aktivLEBEN

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
„aktiv leben“ • Organ des Zentralverbandes
der Pensionistinnen und Pensionisten
Österreichs • Gegründet 1924

Herausgeber und Verleger:
Zentralverband der Pensionistinnen und
Pensionisten Österreichs.
Redaktion: 1020 Wien, Praterstraße 54/8a
Tel.+Fax: 01/214 65 73,
E-Mail: zvpoe@aon.at. Fotos: Archiv.
Grafik und Herstellung: typothese.at

P.b.b. - Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien Z-Nr.: GZ 02Z030662M
Retouren an ZVPÖ, Praterstraße 54/8A, 1020 Wien